



Medienmitteilung der Allianz gegen die Ernährungsinitiative vom 20. März 2026

Parlament lehnt Ernährungsinitiative klar ab

Das Parlament beendete die Beratung der Ernährungsinitiative. Der Nationalrat lehnte sie in der Schlussabstimmung mit 194 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen einstimmig ab. In der kleinen Kammer war sie mit 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen ebenfalls chancenlos. Unnötig, unrealistisch oder kontraproduktiv – darin ist man sich über alle Parteien hinweg einig. Der Staat müsste der Bevölkerung in weiten Teilen einen Vegan-Zwang auferlegen und alle verfügbaren Flächen intensiv für den Ackerbau nutzen. Nur so liesse sich das Ziel der Initiative erreichen.

Das Verdikt des Parlaments zur Ernährungsinitiative ist eindeutig: Kontraproduktiv, unrealistisch und unnötig. Ihre Forderung von 70 Prozent Netto-Selbstversorgungsgrad liesse sich nur mit massivsten Eingriffen in das Konsumverhalten der Bevölkerung erreichen. Diese müsste sich künftig hauptsächlich ohne tierische Lebensmittel und damit in erster Linie vegan und damit unausgewogen ernähren. Es wären staatliche Essensvorgaben und damit ein weitgehender staatlich verordneter Vegan-Zwang mit vorgegebenen Angeboten in der Produktion, in der Verarbeitung, im Handel und in der Gastronomie nötig. Zudem müssten alle geeigneten inländischen Landwirtschaftsflächen, inklusive den heutigen Biodiversitätsflächen, wieder explizit zur Lebensmittelproduktion dienen.

Eine rein pflanzliche Ernährung entspricht nicht dem aktuellen Essverhalten. Sie ist auch in Bezug auf eine standortgerechte Landwirtschaft und geschlossene Nährstoffkreisläufe nicht sinnvoll. Im Grasland Schweiz sind viele Flächen nur über Tierhaltung für die menschliche Ernährung nutzbar. Mist und Gülle sind zudem wertvolle Dünger für den Pflanzenbau und wichtig für die Bodenfruchtbarkeit. Die Initiative beinhaltet zudem neue Auflagen, z.B. an das Saatgut, welche das Produktionspotential im Pflanzenbau reduzieren und die Preise für einheimische Lebensmittel erhöhen würden. Als Konsequenz dürfte der Einkaufstourismus zunehmen. Die Schweizer Ernährungswirtschaft würde Marktanteile sowie tausende Arbeitsplätze verlieren. Die Land- und Ernährungswirtschaft befindet sich bereits in einem umfassenden Anpassungsprozess und zahlreiche Optimierungsmassnahmen sind bereits am Laufen.

Nach der Behandlung im Parlament wird der Bundesrat die Vorlage zur Abstimmung bringen. Der 27. September oder 29. November 2026 sind mögliche Daten. Die Allianz wird sich auch in der Abstimmungskampagne für ein klares Nein einsetzen.

Rückfragen:

Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband, martin.rufer@sbv-usp.ch, Mobile 078 803 45 54

Michel Darbellay, Stv. Direktor Schweizer Bauernverband, michel.darbellay@sbv-usp.ch, Mobile 078 801 16 91

Patrick Erny, Direktor SWISS RETAIL FEDERATION, patrick.erny@swiss-retail.ch, Tel. 031 312 40 40

Beat Imhof, Präsident GastroSuisse, beat.imhof@gastrosuisse.ch, Mobile 079 773 29 15

www.ernaehrungsinitiative-nein.ch